

Niederschrift zur 5. öffentlichen Sitzung des Beirates Vegesack am Donnerstag, dem 8. Oktober 2015 um 18.30 Uhr im Sitzungssaal des Ortsamtes Vegesack, Gerhard-Rohlfis-Straße 62, 28757 Bremen

Beginn: 18.30 Uhr
Ende: 22:30 Uhr

Vorsitzender: OAL Herr Dornstedt
Schriftführerin: Frau Zilm

Tagesordnung:

1. Wünsche und Anträge der Bürger an den Beirat
2. Genehmigung der Niederschrift der 3. Sitzung vom 10. September 2015
3. Blaues Band
– Sachstand und weiteres Verfahren nach Test
4. Änderung der Einzugs Grenzen der Schule Am Wasser zum Schuljahr 2016/2017
5. Vorübergehende Unterbringung von Flüchtlingen im ehemaligen Schwesternheim Hartmannstift
6. Geplante Unterbringung von Flüchtlingen im ehemaligen Verwaltungsgebäude des Bremer Vulkan, Lindenstraße
7. Anträge des Beirates für die Aufstellung der Haushalte 2016/2017 entfallen
8. Vergabe von Globalmitteln entfallen
9. Anträge und Anfragen der Parteien entfallen
10. Mitteilungen des Ortsamtsleiters entfallen
11. Mitteilungen der Beiratssprecherin entfallen
12. Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder entfallen

Anwesende Mitglieder:

Marvin Mergard	Brigitte Palicki
Eyfer Tunc	Hans-Albert Riskalla
Martina Weßling	Klaus-Dieter Bless
Wilfried Sulimma	Greta Frenzel
Joachim Riebau	Torsten Bullmahn
Sabri Kurt	Cord Degenhard
Thomas Pörschke	Günter Kiener
Gabriele Jäckel	
Dr. Jürgen Hartwig	Es fehlt Herr Dr. Hans-Stephan Schlenker

Weitere Gäste:

Herr Hamann	Polizeiinspektion Bremen-Nord
Herr Voß	Polizeirevier Bremen-Nord
Herr Zottmann	Polizei Bremen
Herr Töllner	PI Nord

Herr Flottau	Wirtschaftsförderung Bremen
Herr Genthe-Welzel	Referent für Grundschulangelegenheiten
Herr Marotzke	Schulleiter Schule Am Wasser
Herr Fries	Staatsrat der Senatorin für Soziales
Frau Dr. Kodré	Referatsleitung bei der Senatorin für Soziales
Herr Prange	Senatskanzlei

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht zugegangen ist. Die Tagesordnung wird wie vorliegend genehmigt. Der Vorsitzende erläutert, dass mit dem Beirat im Vorfeld eine Drehgenehmigung durch Radio Bremen für die Sitzung verabredet wurde. Eine Redezeitbegrenzung des Publikums auf 3 Minuten pro Person wird einstimmig vom Beirat beschlossen.

Tagesordnungspunkt 1

Wünsche und Anträge der Bürger an den Beirat

Herr Jacobi beantragt, auf Hinweis des Spielraumförderprogrammes, die Spielflächen Vulkanwiese/Meckerwiese mit Fußballfeld, Toren und Netzen, sowie ein Basketballfeld mit Körben auszurüsten. Außerdem wird beantragt die Spielplatzangebote Schulkenstraße, Spieltreff Bremen Nord und den Bolzplatz Fährer Flur wieder herzustellen.

Tagesordnungspunkt 2

Genehmigung der Niederschrift der 3. Sitzung vom 10. September 2015

Die Niederschrift der 3. Sitzung des Beirates am 10. September 2015 wird wie vorliegend genehmigt.

Tagesordnungspunkt 3

Blaues Band – Sachstand und weiteres Verfahren nach Test

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Flottau der Wirtschaftsförderung Bremen. Im November 2014 wurde beschlossen, einige LED Leuchten zum Testen im Bereich Gerhard-Rohlf's-Straße / Bempohlstraße zu installieren. Herr Flottau wird gebeten, einen Erfahrungsbericht abzugeben.

Herr Flottau zeigt einige Fotos, die die Steine einmal im Hellen und einmal im Dunklen zeigen. Es gibt einige Beschädigungen an den Steinen. An einem Stein kann man den unsachgemäßen Einbau erkennen, es gibt eine Abplatzung. An einem anderen Stein wurde mit stumpfer Gewalt versucht, den Stein zu beschädigen. Beide Steine leuchten aber trotzdem weiter, was den Beweis erbringt, dass die Steine robuster sind, als die bisherigen Leuchten.

Das Leuchtbild wird bei einer Neuinstallation stärker sein, weil anstatt einer LED, vier LEDs in den Steinen verbaut werden.

Die Steine haben einen geringen Pflegeaufwand, bis auf Reinigungsarbeiten ist kein weiterer Pflegeaufwand zu erwarten.

Herr Degenhard plädiert weiterhin für das vorhandene Blaue Band, was allerdings verlässlich leuchten muss.

Frau Palicki fragt nach den Kosten und der Rutschfestigkeit.

Herr Flottau erwidert, dass der Austausch grob geschätzt ca. 20.000 Euro kosten würde. Die Unterhaltskosten des jetzigen Bandes wären dagegen zu setzen. Diese Maßnahme müsste ausgeschrieben werden. Zur Rutschfestigkeit gibt es keinerlei Garantien, bei den bisherigen Leuchten war die Gefahr größer.

Herr Kiener meldet in Höhe des kleinen Marktes ca. 18 Leuchten, die repariert werden müssten. Wenn die neuen Steine das halten, was sie versprechen, spricht aus seiner Sicht nichts gegen einen Austausch.

Frau Weßling fragt, ob nur die defekten Leuchten ausgetauscht werden oder ob es eine komplette Erneuerung geben soll.

Herr Flottau erklärt, dass diese Entscheidung noch nicht getroffen werden kann, zunächst muss geklärt sein, ob der Beirat einen Austausch möchte. Anschließend ist zu klären, wie dabei vorgegangen wird und wer die Kosten trägt. Der Kostenträger wird die Vorgaben zur Umsetzung geben.

Herr Kurt hält das Blaue Band für einen Luxus den Vegesack nicht braucht.

Herr Bless erkundigt sich nach den Unterhaltskosten.

Herr Flottau geht davon aus, dass der Stromverbrauch mit LEDs geringer ausfallen wird. Es wird keine Wartungskosten geben, bis möglicherweise Steine ersetzt werden müssen. Weitere Unterhaltskosten gibt es nicht.

Herr Bullmahn begrüßt, wenn mit diesen neuartigen Steinen durch Vegesack ein funktionierendes Blaues Band laufen würde.

Der Vorsitzende schlägt folgende Beschlussformulierung vor:

Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Bremen wird gebeten, die alten Leuchten des blauen Bandes durch die neuen LED-Kunststoffsteine zu ersetzen.

Beschluss mit 10 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen

Herr Flottau erinnert, dass im Moment eine Haushaltssperre besteht und eine Umsetzung erst nach Genehmigung der notwendigen Mittel erfolgen kann.

Tagesordnungspunkt 4

Änderung der Einzugs Grenzen der Schule Am Wasser zum Schuljahr 2016/2017

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Genthe-Welzel und Herrn Marotzke und bittet sie, den geplanten Neuzuschnitt der Einzugs Grenzen vorzustellen.

Es wurde ein neuer Schulstandortplan entwickelt und mit den Grundschulleitungen im Vorfeld beraten. Es soll eine stabile und dauerhafte Zügigkeit der Schulen gesichert werden. Außerdem soll eine Annäherung an die Ortsteilgrenzen und ein sicherer Schulweg erreicht werden.

In Vegesack gibt es nur eine kleine Änderung. Ein Teil des Einzugsgebietes der Schule Am Wasser, der ursprünglich nach St. Magnus gehört, soll an die Schule St. Magnus zurückgeführt werden um die Schülerzahlen dort zu sichern. Diese Änderung

wird nur ein bis zwei Schüler betreffen. Die betreffenden Schulleitungen haben den Änderungen zugestimmt.

Herr Marotzke erläutert, dass es der Schulleitung der Schule am Wasser besonders wichtig ist, die Steingutstraße mit dem Übergangwohnheim zu behalten, denn die Schule hat sich auf die Flüchtlingskinder eingestellt und hat auch noch Plätze frei. An der Schule kann ein sehr differenzierter Unterricht geboten werden.

Der Weg ist zwar etwas länger für die Kinder, aber die Sicherheit ist gewährleistet, weil die Kinder meistens von Erwachsenen begleitet werden.

Der Beirat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

Der Beirat stimmt der Änderung der Schuleinzugsgrenzen der Schule Am Wasser zum Schuljahr 2016 / 2017 wie vorgestellt zu.

Tagesordnungspunkt 5

Vorübergehende Unterbringung von Flüchtlingen im ehemaligen Schwesternheim Hartmannstift

Der Vorsitzende begrüßt Frau Dr. Kodré, Herrn Staatsrat Fries und Herrn Prange als Bremen-Nord-Beauftragten.

Herr Degenhard gibt eine persönliche Erklärung ab. Er bittet darum, in Zukunft Sitzungen mit zu erwartendem hohen Publikumsinteresse im Bürgerhaus abzuhalten. Herr Dornstedt entgegnet, dass man das in der Vergangenheit auch praktiziert habe (siehe Sitzung zum „Hohen Haus“). Dieser Tagesordnungspunkt ist jedoch in Abstimmung mit dem Beirat erst kurzfristig in die Beratung aufgenommen worden, so dass eine Umorganisation der Veranstaltung nicht möglich war.

Bisher wurde vom Beirat die Zustimmung gegeben, den ehemaligen Hartmannstift für bis zu 180 Flüchtlinge als Übergangwohnheim einzurichten, bis das Grundstück verkauft ist.

Nun steht das Schwesternwohnheim leer, und soll von weiteren 40 Flüchtlingen und Asylbewerbern bezogen werden.

Herr Fries erläutert, dass es aufgrund der hohen Flüchtlingszahlen notwendig ist, nahezu jede freie Fläche zu nutzen.

Es gibt ein zweigeteiltes Aufnahmesystem in Bremen, es gibt die ZAST (Zentrale Aufnahme Stelle), die vom Land betrieben wird und die Übergangwohnheime, die von den Kommunen betrieben werden. Die Erstaufnahmekapazitäten reichen schon lange nicht mehr aus.

Frau Kodré erklärt, dass das ehemalige Schwesternheim mit 40 Plätzen auch vom ASB betreut werden soll. Der Bauantrag für die Einrichtung ist allerdings noch nicht eingereicht.

Herr Bless erklärt, dass die CDU dem zustimmen wird, wenn die Klauseln, die zur Belegung des Hartmannstifts Bedingung waren, auch für das Schwesternwohnheim gelten.

Frau Weßling hofft, dass durch Schaffung von zusätzlichen Plätzen, Hallenbelegungen verhindert werden können.

Frau Palicki sorgt sich um die Sicherheit in dem Heim.

Herr Degenhard fürchtet, dass der Verkauf des Hartmannstifts verschleppt wird.

Herr Kiener fragt nach Bearbeitungszeiten von Asylverfahren und wie viele Ausweisungen es pro Jahr gibt.

Herr Fries erklärt, dass er die aktuellen Zahlen im Moment nicht vorliegen hat, vor der Sommerpause waren es ca. 6 Monate. Genaue Abschiebezahlen kann er nicht nennen.

Herr Bullmahn bemängelt die Informationspolitik der Sozialbehörde.

Herr Kurt hält es für wichtig, dass die Flüchtlinge im Hartmannstift gut betreut werden.

Mehrere Anwohner äußern sich besorgt und kritisch zur Unterbringung von weiteren Flüchtlingen im Stadtteil. Sie halten die Aufteilung innerhalb Bremens für ungerecht. Die Nähe zur großen Notaufnahme in Schwanewede bereitet den Anwohnern ebenfalls Sorge. Es bestehen die Ängste, dass zu viele Flüchtlinge auf sehr kleinem Raum in Vegesack untergebracht werden.

Herr Jacobi von der Aktionsgemeinschaft Lindenstraße lädt die Bewohner des Wohnheimes Hartmannstift ein, sich am Aktionstag am 5. Dezember zu beteiligen.

Die Willkommensinitiative ist weiterhin aktiv, die Arbeit muss in Zukunft besser strukturiert werden. Viele Flüchtlinge wollen gerne selber aktiv werden, scheitern aber oft an arbeitsrechtlichen Hürden.

Besorgte Eltern äußern Bedenken, dass die Sporthalle an der Kerschensteiner Straße für die Unterbringung von Flüchtlingen genutzt werden soll.

Herr Fries erklärt, dass es im Moment nur noch darum geht, Obdachlosigkeit zu verhindern, inzwischen werden in ganz Bremen Zelte und Unterkünfte geschaffen. Sporthallen sind keine guten Unterbringungsmöglichkeiten und sollen so schnell wie möglich auch wieder geräumt werden.

Herr Prange bestätigt, dass die Unterbringung von Flüchtlingen in Sporthallen von Seiten der Bildungsbehörde ebenfalls kritisch gesehen wird, und alles getan wird, andere Unterbringungsmöglichkeiten zu schaffen.

Herr Degenhard fordert, abgelehnte Asylbewerber zügig abzuschicken.

Herr Fries erklärt, dass in diesem Jahr abgelehnte Asylbewerber im dreistelligen Bereich Bremen verlassen haben.

Herr Prange ergänzt, dass Ministerpräsidenten anderer Bundesländer sich fragen, wie Bremen dies schafft.

Herr Kurt appelliert an die Anwesenden, die Menschen die ihre Heimat verlassen mussten und hier in Bremen angekommen sind, menschenwürdig aufzunehmen und zu betreuen. Er wünscht sich ein friedliches Zusammenleben von allen Menschen im Stadtteil.

Herr Kiener betont, dass er kein Problem damit hat, Menschen die tatsächlich Asyl benötigen, aufzunehmen. Einwanderung aus wirtschaftlichen Gründen darf aber nicht geduldet werden.

Herr Mergard hält die Zuwanderung für finanziell evtl. noch tragbar, strukturell für problematisch und gesellschaftlich für untragbar. Auch er fordert, dass abgelehnte Asylbewerber abgeschoben werden.

Herr Pörschke wirbt um Verständnis, die Sporthallen kurzfristig zu nutzen. Die Flüchtlingswelle stellt die Sozialbehörde immer wieder vor große Herausforderungen. Vom Bund kommen immer wieder kurzfristig Mitteilungen, dass Sonderzüge mit Flüchtlingen auf dem Weg nach Bremen und Niedersachsen sind und innerhalb weniger Stunden untergebracht werden müssen, damit sie nicht obdachlos sind.

Der Vorsitzende schlägt folgende Beschlussformulierung vor.

Der Beirat Vegesack stimmt der vorübergehenden Unterbringung von Flüchtlingen im ehemaligen Schwesternheim Hartmannstift unter folgenden Voraussetzungen zu:

- 1. Es ist für ausreichende Kinderbetreuung zu sorgen.***
- 2. Die schulische Versorgung der Kinder ist zu gewährleisten.***
- 3. Es muss eine gemischte Belegung erfolgen.***
- 4. Es müssen Sprachkurse für die Bewohner angeboten werden.***
- 5. Es darf keine Belegung mit mehr als 40 Personen erfolgen.***
- 6. Sobald die Ausschreibung für das gesamte Areal erfolgreich durchgeführt und das Objekt verkauft ist, ist die Notunterkunft wieder aufzulösen.***

Beschluss mit 13 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen

Tagesordnungspunkt 6

Geplante Unterbringung von Flüchtlingen im ehemaligen Verwaltungsgebäude des Bremer Vulkan, Lindenstraße

Der Vorsitzende erklärt, dass die Diskussion zur Unterbringung von Flüchtlingen bereits seit mehr als zwei Jahren in Vegesack geführt wird. Damals sind bereits aus dem Beirat Vorschläge gekommen, das Vulkangebäude zu nutzen, es wurde allerdings von Seiten der Behörde für zu groß gehalten. Der Zustrom der Flüchtlinge und Asylbewerber ist inzwischen so groß, dass solch große Gebäude nun doch benötigt werden.

Frau Dr. Kodré erklärt, dass dort eine Erstaufnahmeeinrichtung entstehen soll. Alle Menschen, die in Deutschland Asyl beantragen, müssen sich in solch einer Einrichtung melden. Im Moment ist die Zentrale Aufnahmestelle (ZAST) in der Alfred-Faust-Straße untergebracht, die allerdings mit 220 Plätzen viel zu klein ist. In einer Erstaufnahmestelle ist eine Aufnahme 24 Stunden am Tag möglich. Der Aufenthalt in so einer Einrichtung ist für bis maximal drei Monaten angedacht. Eine ZAST im Vulkangebäude wäre die zweite Aufnahmestelle im Land Bremen mit ca. 750 Plätzen. Das Büro der ZAST und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sollen dort ebenfalls einziehen, was einer zügigen Bearbeitung förderlich wäre.

Das Gebäude wird im ersten Bauabschnitt entkernt und zunächst mit Messetrennwänden in kleine Wohnbereiche getrennt um es schnell nutzen zu können. Alle weiteren Baumaßnahmen werden nach und nach durchgeführt.

Dr. Hartwig verteilt einen Fragenkatalog, den die SPD-Fraktion erarbeitet hat (Siehe Anhang).

Frau Dr. Kodré antwortet darauf:

Zu 4.

Zu den Baurechtlichen Fragen kann sie nicht viel sagen, die müssten mit dem Bauantrag geklärt werden.

Zu 5. und 6.

Die Betreuung wird im Rahmen der Richtlinien erfolgen. Der Personalschlüssel liegt bei 4 Personen pro 100 Flüchtlinge. In einer ZAST werden die Schlüssel in der Regel überschritten weil 24 Stunden pro Tag Bereitschaftsdienste notwendig sind.

Zu 7.

Das Gesundheitsamt wird vor Ort arbeiten, es ist möglich, dass es eine Kooperation mit dem Krankenhaus Bremen-Nord geben wird.

Zu 8.

Die Behördengänge würden innerhalb des Hauses möglich sein.

Zu 9.

Sprachkurse sind in den Standorten geplant

Zu 10. und 11.

Es gab in der Vergangenheit im Umfeld der Wohnheime keine besonderen Vorkommnisse. Einen Wachdienst gibt es meist aus brandschutzrechtlichen Gründen.

Zu 12.

Die Frage zur verkehrlichen Infrastruktur wird über den Bauantrag gestellt und beantwortet werden.

Zu 13. Und 14.

Es wird üblicherweise ein 10-jahres Vertrag abgeschlossen, für die Nachnutzung ist der Eigentümer zuständig.

Zu 15.

Das wird für eine gute Anregung gehalten, man sollte Anlaufstellen einrichten, die die Sorgen der Bevölkerung aufnehmen.

Zu den anderen Punkten kann Frau Kodré nichts sagen, weil sie nicht in ihren Zuständigkeitsbereich gehören.

Die Kinder im Heim werden nicht in Kindergärten gemeldet, weil die Aufenthaltsdauer zu kurz ist. Es soll eine Betreuung im Heim erfolgen.

Frau Palicki erinnert, dass eine Unterbringung im Vulkangebäude vor zwei Jahren noch für menschenunwürdig gehalten wurde. Sie fragt, ob bekannt sei, dass das Gebäude asbestverseucht sei.

Frau Pieper-Herbst, die zuständige Architektin erklärt, dass ein detailliertes Schadstoffkataster angefertigt wurde. Nach diesem Kataster wird alles demontiert und entsorgt, was schadstoffhaltig ist. Es gibt einen Schacht, der tatsächlich asbestverseucht ist. Dieser Schacht wird komplett entfernt und das Gebäude wird bis auf den Rohbauzustand zurück gebaut.

Frau Palicki erklärt, dass diese Umbauten zu lange dauern, die Leute müssen schließlich aus den Zelten geholt werden.

Herr Bullmahn erklärt, dass Bremen-Nord überlastet wird und fürchtet, dass die Stimmung kippt. Er bittet das Sozialressort, die Nöte und Ängste der Bevölkerung ernst zu nehmen.

Herr Bless erinnert, dass Vegesack bisher immer bereit war, Flüchtlinge aufzunehmen. Er hält die geplante Einrichtung aber für zu groß für diesen Stadtteil.

Herr Degenhard rechnet vor, dass bisher schon über 520 Flüchtlinge im Stadtteil leben. Zusammen mit der Grohner Düne sei der Stadtteil schon sehr stark belastet. Wenn nun noch 750 Flüchtlinge dazu kommen, kann der Stadtteil diese Belastung nicht mehr tragen und ist ihm nicht zuzumuten. Er appelliert an die Sozialbehörde, von diesem Projekt Abstand zu nehmen.

Herr Kiener erklärt, dass es günstiger gewesen wäre, anstatt ein Containerdorf zu erstellen, damals schon das Vulkangebäude zu nutzen. Er hält das Containerdorf in der Steingutstraße zwar für hervorragend gelungen, aber diese hohen Kosten hätte man sparen können. Er hat keinerlei Bedenken das Vulkangebäude umzubauen, Aus seiner Sicht sei das kein Problem. Nach dem Umbau würden Messungen durchgeführt um eine Belastung auszuschließen. Er möchte wissen, wer den Umbau bezahlen wird. Er ist überzeugt, dass 65 Prozent der Flüchtlinge aus wirtschaftlichen Gründen kommen.

Herr Pörschke erklärt, dass es seinerzeit eine gute Entscheidung war, das Vulkangebäude nicht als Unterbringungsort für Flüchtlinge zu nutzen. Damals ging es darum, einen Ort für knapp 100 Menschen zu finden, die sich im Vulkangebäude abgeschoben gefühlt hätten. Heute gibt es eine ganz andere Situation und eine ZAST muss mindestens 500 Plätze vorhalten können. Wer schnelle Entscheidungen wünscht, braucht eine große, gut funktionierende Stelle zur Abwicklung der vielen Anträge.

Ein Bürger fragt, warum die Polizei nicht die Registrierung der ankommenden Flüchtlinge übernimmt.

Es werden Ängste vor diesen vielen fremden Menschen geäußert. Die Forderung, dass das Polizeirevier Vegesack wieder durchgängig zu besetzen wird geäußert. Der Abriss des Vulkangebäudes wird für günstiger gehalten. Es bestehen Zweifel, dass das Vulkangebäude so schnell hergerichtet werden kann. Außerdem werden verschiedene Gebäude aus dem niedersächsischen Umland und der Nachbarschaft für die menschenwürdige Unterbringung vorgeschlagen.

Ehrenamtlich engagierte Menschen berichten von ihren guten Erfahrungen, die sie bei ihrer Arbeit machen und werben um Mithilfe aus der Bevölkerung. Außerdem fordern sie mehr hauptamtliche Mitarbeiter und Dolmetscher in den Einrichtungen. Es wird erinnert, dass das Flüchtlingswohnheim in der Johann-Lange-Straße schon seit über 20 Jahren existiert und dort niemals bisher etwas passiert ist. Es wird dringend darum gebeten, keine unnötigen Ängste zu schüren.

Der Vertreter des Eigentümers des Vulkangebäudes erklärt, dass die Kosten für die Umbaumaßnahmen von dem Eigentümer übernommen werden. Bevor das Gebäude gekauft wurde, ist geklärt worden, was an diesem Gebäude zu tun ist. Das Gebäude wird vor der Instantsetzung komplett entkernt, einschließlich der Elektro- und Wasserinstallationen.

Herr Fries erklärt, dass bisher noch kein Mietvertrag ausgehandelt wurde. Der Vertrag muss sich im Mietpreis den in der Stadt üblichen Mietpreisen angleichen. Das Gebäude wird erst bezogen, wenn es schadstofffrei und brandschutzrechtlich gesichert ist.

Wenn das Gebäude entkernt ist und die Außenwände, Haustechnik und Decken eingebaut sind, soll zunächst ein provisorischer Bezug vollzogen werden, damit möglichst schnell Plätze für die Flüchtlinge geschaffen werden. Der Wunsch nach kleinen netten Einrichtungen musste leider aufgegeben werden, weil zu viele Menschen kommen. Eine veränderte Situation erfordert einen anderen Maßstab. Die Kritik, dass Anträge nicht schnell genug bearbeitet werden, ist berechtigt, aber gerade darum ist es wichtig das Bundesamt für Migration zu überzeugen, im Vulkangebäude, also einer großen Einrichtung, einen leistungsfähigen Standort einzurichten.

Herr Prange erklärt, dass auf der Ministerpräsidentenkonferenz über die Flüchtlingsfrage diskutiert wurde. Es soll eine Verschärfung des Asylbewerbergesetzes durchgesetzt werden um beschleunigte Verfahren durchführen zu können. Bei den syrischen Flüchtlingen geht man davon aus, dass sie lange hier bleiben. Um sie integrieren zu können benötigt man schnelle Asylverfahren. Es werden vom Bund Gelder zur Verfügung gestellt um diese Aufgabe anzugehen. Das Geld muss natürlich dort ankommen, wo die Probleme zu meistern sind. Es kann aus seiner Sicht nicht sein, dass die Stelle der Stadtteilassistentin im Ortsamt Vegesack vakant ist, und gleichzeitig der Stadtteil Vegesack für solch eine Einrichtung ausgewählt wird. Eine Unterausstattung von Kindergartenplätzen darf ebenfalls nicht sein und muss aufgezeigt werden. Er betont, dass gerade in den Erstaufnahmen die wenigsten Probleme auftreten, weil die Menschen gerade erst ankommen und meist froh sind, angekommen zu sein. Herr Prange würdigt die großen Leistungen, die Vegesack bisher schon erbracht hat.

Nach einer Beratungspause beantragt die SPD Beiratsfraktion, der Einrichtung einer Unterkunft für Flüchtlinge und Asylbewerber im ehemaligen Vulkanverwaltungsgebäude zuzustimmen, unter der Maßgabe, dass alle Fragen bis zur Novembersitzung schriftlich und verbindlich beantwortet werden.

Es handelt sich um eine aufschiebende Bedingung. Wenn sie nicht erfüllt wird, ist die Entscheidung hinfällig.

Der Vorsitzende stellt folgenden Beschluss zur Abstimmung.

Der Beirat Vegesack hat der Einrichtung einer ZAST und der Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern im ehemaligen Verwaltungsgebäude in der Lindenstraße 110 unter der aufschiebenden Bedingung der Beantwortung und verbindlichen Zusage der Umsetzung der nachfolgend aufgeführten Positionen zugestimmt.

Gebäudenutzung Vulkan

1. *Welcher Flügel ist für welche Nutzung geplant?*
2. *Welche Kapazitäten für Flüchtlinge und verwaltendes wie betreuendes Personal wäre jeweils vorgesehen?*
3. *Welche Maßnahmen wären zu treffen, um die unter 1. und 2. genannten Nutzungen und Kapazitäten zu realisieren?*

4. *Gibt es bauliche Voraussetzungen, die eine kurzfristige Nutzung der Immobilie zu Wohn- und Büro Zwecken verhindern, um welche handelt es sich neben der bekannten Asbestbelastung? Auf welche Weise und in welchem zeitlichen Rahmen sollen diese behoben werden? Der vorhandene Schadstoffkatalog ist zu veröffentlichen.*

Betreuung

5. *Welche Maßnahmen -Infrastruktur, Personal (Kompetenz und Umfang), zeitlicher Umfang, Qualität- wären zu treffen, um eine der Lebenslage, dem Geschlecht und Alter der Flüchtlinge angemessene Betreuung sicher zu stellen?*
6. *Welche besonderen Hilfestellungen wären für die Willkommensinitiative im Stadtteil geplant, damit sie auch bei dieser durch Anzahl und Verweildauer besonderen Herausforderung dazu beitragen kann, dass die Flüchtlinge freundlich empfangen werden und ein Willkommen durch interessierte Mitbürger erfahren?*

Gesundheitsversorgung

7. *Wie wird eine ärztliche Versorgung der Flüchtlinge sichergestellt? Ist die Einbeziehung des Krankenhauses Bremen-Nord vorgesehen? Wenn ja, wie?*

Behördengänge

8. *Wie wäre eine verwaltungsseitige Abwicklung aller notwendigen Behördengänge möglich?*

Integration von Anfang an

9. *Wären Maßnahmen einer Integration von Anfang an vorgesehen, wie z.B. Sprachausbildung, Arbeitsmaßnahmen und Kultur- und Wertevermittlung?*

Sicherheit

10. *Wie wäre die Sicherheit der ZAST, in der ZAST und der umliegenden Quartiere sichergestellt?*
11. *Welche Dimensionen hätte der Brandschutz für die Unterbringung?*

Verkehrliche Infrastruktur

12. *Welche Dimensionen nähme die Verkehrsbelastung im Zusammenhang mit der Einrichtung einer ZAST in dem Vulkangebäude an? Welche Maßnahmen sind ggf. in dieser Hinsicht geplant?*

Zeitliche Dimension

13. *Welche zeitliche Nutzung des Gebäudes als ZAST ist angedacht?*
14. *Wie sähe eine Folgenutzung des Vulkangebäudes aus?*

Kümmern um die Sorgen der Bevölkerung

15. *Durch welches im Stadtteil angesiedelte Personal würde sichergestellt, dass die Bürger zeitnah eine Anlaufstelle für ihre Fragen und Sorgen haben und dass diese aufgenommen und angemessen berücksichtigt werden?*

Soziale Infrastruktur in Fähr-Lobbendorf

16. *Wie zeitnah ist die Einrichtung eines Kindertagesheimes auf dem Gelände des ehemaligen Sportplatzes Fährer Flur vorgesehen?*

17. *Wie zeitnah erfolgt die Baugenehmigung für den Verbrauchermarkt am Vulkangebäude?*

18. *Wann sind welche Maßnahmen zur Sanierung der Sporthalle Fährer Flur vorgesehen?*

Zeit-Maßnahmen-Plan

19. *Vor einer Zustimmung zu einer wie auch immer dimensionierten Nutzung des Vulkangebäudes wäre zu den zuvor genannten Punkten ein Zeit-Maßnahmenplan mit verbindlichem Charakter vorzulegen.*

Beschluss mit 8 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung.

Der Vorsitzende bedankt sich für die intensive Diskussion.

Aufgrund des Grundsatzbeschlusses des Beirates Vegesack wird nach 22.00 Uhr kein weiterer Tagesordnungspunkt aufgerufen.

Ende der Sitzung 22:30 Uhr

Dornstedt
Vorsitzender

Zilm
Schriftführerin

Weßling
Beiratssprecherin